

20. September 2018

Medienmitteilung Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA)

Erfolgreiche Förderung der Mehrsprachigkeit in der Bundesverwaltung – aber das Italienische ist immer noch untervertreten

Die sprachliche Diversität in der Bundesverwaltung hat insgesamt zugenommen, das Italienische spielt aber als Amtssprache nach wie vor eine marginale Rolle. Dies zeigt eine Analyse der Rolle des Topkaders bei der Förderung der Mehrsprachigkeit in der Bundesverwaltung, die das Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA) im Auftrag des Kompetenzzentrums für Mehrsprachigkeit (Freiburg i.Ü.) durchgeführt hat.

Die Bundesverwaltung mit ihren rund 39'000 Angestellten soll ein Abbild der sprachlichen Vielfalt in der Schweiz darstellen – so will es das Gesetz. In der Bundesverwaltung sind die Geschäftsleitungsmitglieder und obersten Kader der rund 70 Verwaltungseinheiten für die Umsetzung der geltenden sprachlichen Vorgaben verantwortlich. Ziel der Studie war es zu ermitteln, welche Einstellungen die rund 370 Mitglieder des obersten Kaders gegenüber dem Sprachenmanagement haben und wie sie die Ziele und Massnahmen des Bundes zur Förderung der Mehrsprachigkeit wahrnehmen und beurteilen.

Bedeutungsgewinn des Französischen

Die Benutzung der Amtssprachen in den verschiedenen Verwaltungseinheiten lässt sich anhand der Originalsprache der Gesetzeserlasse des Bundes abschätzen. In der untersuchten Zeitspanne, 1998 bis 2015, zeigt sich ein klarer Bedeutungszuwachs des Französischen: 1998 waren erst 5 Prozent der Gesetzeserlasse im Original auf Französisch verfasst, 2015 bereits 18 Prozent. Das Italienische hingegen ist als Originalsprache von Gesetzeserlassen nahezu bedeutungslos. Sein Anteil liegt in den untersuchten Jahren bei unter 2 Prozent.

Auch sind die Italienischsprachigen im obersten Kader der Bundesverwaltung weiterhin untervertreten: ihr Anteil erreichte 5.1 Prozent im Jahre 2015 – die Zielvorgabe lautet indes 6.5 bis 8.5 Prozent. Die Anteile der Französisch- und Rätromanischsprachigen entsprechen den Sollwerten, die Deutschsprachigen sind jedoch leicht übervertreten.

Massnahmen zur Förderung werden begrüsst

Das oberste Kader begrüsst die Massnahmen zur Förderung der Mehrsprachigkeit in der Bundesverwaltung und erachtet sie als nützlich. Die Analyse zeigt, dass französischsprachige Topkader die Förderung der Mehrsprachigkeit in der Bundesverwaltung am stärksten befürworten. Deutschsprachige weisen eine geringere Sensibilität für Mehrsprachigkeit auf als französischsprachige Topkader. Italienischsprachige ihrerseits scheinen sich damit abgefunden zu haben, dass Italienisch innerhalb der Bundesverwaltung nicht als gleichwertige Amtssprache fungiert. Eine weitere Herausforderung stellt die zunehmende Bedeutung des Englischen dar. Zwar werden in der Bundesverwaltung nach wie vor hauptsächlich die Landessprachen verwendet. Besonders in wissenschaftsnahen Bereichen oder bei internationalen Kontakten nimmt der Gebrauch des Englischen jedoch zu.

Sprachliche Vielfalt und Gleichstellung

Die Studie zeigt ausserdem einen Zusammenhang auf zwischen dem Anteil an sprachlichen Minderheiten und dem Frauenanteil in einer Verwaltungseinheit. «Bundesämter, in denen die Sprachminderheiten angemessen vertreten sind, weisen auch gute Werte bei der Vertretung der Frauen auf», sagt Studien-Co-Autor Daniel Kübler vom Zentrum für Demokratie Aarau. «Das war für uns überraschend. Wir hatten erwartet, dass sich die Ziele der Gleichstellung und der Sprachvertretung konkurrenzieren. Das Gegenteil ist der Fall.»

Herausforderung Beschaffungswesen

Als zentrale künftige Herausforderung, neben der Stellung des Italienischen als Amtssprache, wird von den interviewten Topkadern die Mehrsprachigkeit im Beschaffungswesen genannt. Nur eine mehrsprachige Kommunikationsweise in allen Phasen des Submissionsverfahrens kann Chancengleichheit zwischen Unternehmen aus verschiedenen Sprachregionen garantieren.

Die Analyse stützt sich auf Daten des Kompetenzzentrums für Amtliche Veröffentlichungen der Bundeskanzlei und des Eidgenössischen Personalamts, auf eine Online-Befragung der Mitglieder des Topkaders der Bundesverwaltung (2016) sowie auf qualitative Interviews mit Geschäftsleitungsmitgliedern von zwanzig Verwaltungseinheiten (2017).

Zentrum für Demokratie Aarau

Das Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA) ist ein Forschungszentrum der Universität Zürich und der Fachhochschule Nordwestschweiz. Weitere Träger sind der Kanton Aargau und die Stadt Aarau. Das ZDA betreibt Grundlagenforschung und befasst sich mit aktuellen Fragen zur Demokratie – in der Schweiz, in Europa und weltweit.

www.zdaarau.ch

Die Studie

Zwicky, Roman; Kübler, Daniel; Beuret, Debora; Schuppisser, Lyne (2018): «Topkader und Mehrsprachigkeit in der Bundesverwaltung», *Studienberichte des Zentrums für Demokratie Aarau*, Nr. 13 (September 2018).

Kostenloser Download unter

<https://www.zdaarau.ch/dokumente/SB-13-Mehrsprachigkeit-Bundesverwaltung-ZDA.pdf>

Executive Summary (Deutsch, Französisch, Italienisch und Rätoromanisch): <http://www.zentrum-mehrsprachigkeit.ch/de/content/topkader-und-mehrsprachigkeit-der-bundesverwaltung>

Für Auskünfte

Prof. Daniel Kübler (8:30-11.30 Uhr)

044 634 38 86 oder 078 815 67 60

daniel.kuebler@zda.uzh.ch